

Evangelische Verantwortung



Wir brauchen eine bürgerliche Bundesregierung

Volker Kauder MdB,
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag *Seite 3*

Handeln aus christlicher Verantwortung

Volkmar Klein MdL,
Vorsitzender des EAK NRW *Seite 5*

Vertrauen stärken, Perspektiven schaffen

Dr. Reinhard Göhner,
Hauptgeschäftsführer der BDA *Seite 9*

- 11 *Neue EKD-Denkschrift „Umkehr zum Leben“*
- 15 *Aus unserer Arbeit*
- 19 *Für eine Internationale Soziale Marktwirtschaft*

Liebe Leserin, lieber Leser,



Demokratie braucht Unterstützung. Nehmen Sie darum bitte an der Bundestagswahl teil. Christinnen und Christen haben mit CDU und CSU eine starke Stimme im Deutschen Bundestag.

unser Land steht vor einer zukunftsweisenden **Bundestagswahl**. Als Union bekennen wir uns zum christlichen Menschenbild. Die christlichen Werte sind für uns die unverzichtbare Grundlage allen politischen Handelns. Auf dieser Grundlage wollen wir als CDU und CSU auch in schwierigen Zeiten eine zukunftsfähige Perspektive für Deutschland erarbeiten.

Es gibt in den kommenden Jahren viele Herausforderungen zu meistern. Als Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) werden wir dabei auch weiterhin das ‚C‘ in der Politik stärken:

- Die Durchsetzung einer gerechten **Internationalen Sozialen Marktwirtschaft** ist ein dringendes Gebot der Stunde. Die Soziale Marktwirtschaft ist das einzige tragfähige Wirtschaftsmodell der Zukunft. Sie hat ihre geistigen Grundlagen vor allem in den Traditionen der evangelischen Sozialethik und der katholischen Soziallehre. Ihre Werte wollen wir nun auf einen weltweiten Ordnungsrahmen übertragen. Wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit sind in Einklang zu bringen: Das bleibt das Ziel der Union auch in globalisierter Zeit.
- Die **Familie** als fester Kern und Keimzelle unserer Gesellschaft ist zu stärken. Die **Ehe** als die verlässlichste Grundlage für die Familie bleibt unser Leitbild. Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen. Das bedeutet auch, dass wir die Rahmenbedingungen

für die Erziehung und die Bildung von Kindern weiter verbessern wollen.

- Als EAK sagen wir ‚Ja‘ zum konsequenten **Schutz der Menschenwürde** vom Anfang bis zum Ende des Lebens.
- Unsere reiche Feiertagskultur darf nicht von wirtschaftlichen Interessen geschädigt werden. Wir setzen uns für einen konsequenten **Sonn- und Feiertagsschutz** ein.
- Der offene Dialog mit den Migranten in Deutschland und insbesondere mit den hier lebenden Muslimen ist wichtig für eine erfolgreiche **Integrationspolitik**. Bundesinnenminister **Dr. Wolfgang Schäuble MdB** hat das Gespräch zwischen den religiös geprägten Kulturen entscheidend vorangebracht. Nun kommt es darauf an, den gemeinsam beschrittenen Weg auch fortzusetzen. Selbstbewusstsein und Klarheit in den eigenen religiösen und kulturellen Überzeugungen und gegenseitiger Respekt sind dafür die Voraussetzung. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ist in den integrationspolitischen Gesprächen nicht verhandelbar.

Als Christinnen und Christen bekennen wir uns zu unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen. Deshalb engagieren wir uns in der Politik.

Demokratie braucht Unterstützung. Nehmen Sie darum bitte an der Bundestagswahl teil. Christinnen und Christen haben mit CDU und CSU eine starke Stimme im Deutschen Bundestag.

Gottes Segen!

Thomas Rachel MdB
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

Inhaltsübersicht

- 2 Editorial
- 3 Wir brauchen eine bürgerliche Bundesregierung für Deutschland
- 5 Handeln aus christlicher Verantwortung
- 9 Vertrauen stärken, Perspektiven schaffen
- 11 Neue EKD-Denkschrift „Umkehr zum Leben“
- 13 Evangelisches Leserforum
- 15 Aus unserer Arbeit



Wir brauchen eine bürgerliche Bundesregierung für Deutschland

| *Volker Kauder MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag*

Deutschland braucht eine andere Regierung. Davon ist die Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes überzeugt, wie sämtliche Umfragen belegen. Die Bürger wünschen sich einen Wechsel, weil jedem bewusst ist, dass eine Große Koalition immer eine unnatürliche Verbindung zweier Parteien ist, die sich zwar kurzfristig zusammenraufen können, deren Unterschiedlichkeit aber einer fruchtbaren Zusammenarbeit auch immer zeitliche Grenzen setzt. Die negativen Auswirkungen, die eine solche Koalition der beiden großen Volksparteien für die Stabilität unserer demokratischen Ordnung hätte, würde sie Dauerzustand, stehen noch auf einem ganz anderen Blatt. Einig sind die Wählerinnen und Wähler sich auch, wer die neue Regierung führen soll: Die Union und Bundeskanzlerin Angela Merkel liegen in sämtlichen demoskopischen Erhebungen weit vor den Sozialdemokraten und ihrem Kanzlerkandidaten Steinmeier. Nach nunmehr elf Jahren Regierungsverantwortung

ist die SPD ausgelaugt, ihr Programm wirkt ideenlos, und ihr Spitzenpersonal hat sich längst darauf beschränkt, verbale Opposition gegen die eigene Regierungsarbeit in der Großen Koalition zu machen. Nur CDU/CSU wird zugetraut, unser Land durch diese schwierigen Zeiten zu führen. Unser natürlicher Partner, mit dem wir die meisten unserer politischen Anliegen durchsetzen können, ist die FDP. Deshalb streben wir nach der Wahl ein schwarz-gelbes Regierungsbündnis an.

Bürgerliche Koalition ist aber nicht nur eine bloße Umschreibung für eine schwarz-gelbe Mehrheit. Sie ist auch kein zeitlich begrenztes „Projekt“ à la Rot-Grün, sondern sie ist die politische Umsetzung einer bestimmten Werthaltung. Für eine solche Koalition steht der Mensch im Mittelpunkt ihres politischen Handelns, und zwar als ein zur Freiheit berufenes Wesen. Das mag banal klingen, unterscheidet aber eine Zusammenarbeit von Union und FDP grundsätzlich von

sämtlichen anderen denkbaren Konstellationen: Wohl jede Partei wird für sich in Anspruch nehmen, den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns zu stellen. Sie stellen den Menschen in den Mittelpunkt, sehen ihn aber als hilfsbedürftig und unselbständig an, bedürftig der umfassenden staatlichen Fürsorge. Dieses Menschenbild unterscheidet sich grundsätzlich vom christlichen Bild des Menschen, das für uns Christdemokraten und Christsozialen die Grundlage unseres Handelns darstellt. Denn wir wissen: Der Mensch ist zur Freiheit berufen. Er ist aufgefordert, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Diese Berufung zur Freiheit ist nur möglich, weil dem Menschen von Gott die Fähigkeit gegeben worden ist, Gut und Böse voneinander zu unterscheiden. Wir wissen aber auch: Diese Fähigkeit alleine führt noch nicht dazu, dass der Mensch auch immer das Gute tut. Die Einsicht in die Fehlbarkeit des Menschen gehört ebenso untrennbar zum christlichen Menschenbild.

Was bedeutet das in der politischen Praxis? Eine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes ist eine Politik, die Freiheit ermöglicht und die Rahmenbedingungen für jeden Einzelnen schafft, ein gelingendes Leben nach seinen Vorstellungen zu gestalten. Dazu gehört auch eine Ordnung, die der Freiheit des Einzelnen dort Grenzen setzt, wo sie die Freiheit des Anderen verletzt. Dagegen verlieren Vertreter der politischen Linken bei der Setzung staatlicher Vorgaben häufig jedes Maß und sind gerne bereit, den Eingriffsmöglichkeiten des Staates unbedingten Vorrang vor den Interessen des Individuums zu geben. Damit aber entmündigen sie nicht nur den Bürger. Diese Staatsfixierung verkennt etwas ganz Entscheidendes: Der Staat ist kein übermenschlicher und allwissender Apparat, sondern besteht aus Menschen, in diesem Fall aus Politikern, die Entscheidungen treffen müssen. Sie sind wie alle anderen Menschen fehlbar. Einen fehlerfrei handelnden Staat kann es deshalb nicht geben, auch der Macht des Staates müssen deshalb Grenzen gesetzt werden. Die Skepsis gegen einen übermächtigen Staat speist sich demnach aus derselben Quelle wie die Skepsis gegen eine individuelle Freiheit, die nicht in Ordnung gesichert ist. Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: Die Behauptung linker Politiker, besser als der Einzelne zu wissen, was richtig für ihn ist, offenbart nicht nur ein für Demokraten erschreckendes Misstrauen gegenüber den Wählern, sondern angesichts einer Bevölkerung von über 80 Millionen Menschen auch wirklichkeitsfremde Selbstüberschätzung.

Ganz konkret zeigt sich der Unterschied zwischen bürgerlichen und linken Positionen im Verhältnis zur Marktwirtschaft. Während die politische Linke dem Markt mit großem Misstrauen begegnet, sehen wir in ihm den wirtschaftlichen Ausdruck der Freiheit. Denn die Ausübung der elementaren Freiheitsrechte, das Recht auf Handels- und Gewerbefreiheit sowie das Recht auf freie Berufswahl, der Schutz des Eigentums und die Vertragsfreiheit, sie bilden zusammengenommen das Fundament der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist der Ort, an dem sich Kreativität und Leistung – zwei Fundamentalbegriffe bürgerlicher Werteordnung – entfalten. Und die Ergebnisse der so freigesetzten Marktprozesse sind weder willkürlich noch ungerecht: Erfolgreich ist im marktwirtschaftlichen Wettbewerb das Unternehmen, dessen Produkte oder Dienstleistungen den Verbrauchern den größten individuellen Nutzen bringen. Die Frage, welche Güter und Dienstleistungen für den Einzelnen am wichtigsten sind, kann

wiederum am besten von jedem selbst getroffen werden. Diese Funktion des Wettbewerbs als Entdeckungsverfahren könnte der Staat deswegen selbst dann nicht übernehmen, wenn er es wollte. Nichts hat dies deutlicher demonstriert als der Zusammenbruch sämtlicher zentralplanwirtschaftlicher Systeme.

Anders als unsere politischen Gegner behaupten, sind wir aber nicht marktradikal oder glauben daran, dass der Markt keine Regeln bräuchte. Die Ordnungsbedürftigkeit des Marktes ist der Grundgedanke der Sozialen Marktwirtschaft. Diese Wirtschaftsordnung hat die Union in Deutschland gegen erhebliche Widerstände, nicht zuletzt aus der SPD, durchgesetzt. Heute bekennen sich auch Sozialdemokraten und Grüne zu diesem Wirtschaftskonzept. An ihrer grundsätzlichen Marktskepsis aber halten sie fest. Unter „Sozialer Marktwirtschaft“ verstehen sie deshalb eine weitgehend vom Staat regulierte Wirtschaft. Uns dagegen ist klar, dass der Staat weder der bessere Unternehmer noch der klügere Verbraucher ist. Die Regulierung des Staates muss deswegen – ganz im Sinne der Väter der Sozialen Marktwirtschaft – darauf gerichtet sein, einen möglichst reibungslosen Marktprozess zu ermöglichen. Der Markt muss davor geschützt werden, etwa infolge von Kartellen und Preisabsprachen, seine Funktionsfähigkeit zu verlieren. Nichts zeigt die Richtigkeit dieses Ansatzes deutlicher als die momentane Finanzmarktkrise, die im Wesentlichen auf eine Entkoppelung von Risiko und Haftung zurückzuführen ist. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat frühzeitig auf die Gefahren dieses Verstoßes gegen marktwirtschaftliche Grundprinzipien hingewiesen und gegenüber unseren internationalen Partnern eine verbesserte Rahmensetzung eingefordert, leider ohne Ergebnis. Die jetzige Krise ist folglich nicht der Beleg für die Unbrauchbarkeit der Sozialen Marktwirtschaft, sondern ganz im Gegenteil für ihre zeitlose Aktualität. Diese Prinzipien weltweit zu implementieren, wird zu den wichtigsten Aufgaben der kommenden Legislaturperiode gehören.

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört auch ein funktionierendes sozialstaatliches Sicherheitssystem, das denjenigen hilft, die in Not geraten sind. Ziel sämtlicher sozialstaatlicher Bemühungen ist aber nicht, diese Not dauerhaft erträglich auszugestalten. Ziel muss es vielmehr sein, den in Not Geratenen dabei zu helfen, möglichst schnell wieder ein selbst gestaltetes Leben in verantworteter Freiheit führen zu können. Das bedeutet nicht zuletzt auch, sie in die Lage zu

versetzen, wieder selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können. Eine solche Sozialpolitik begreift sich deshalb auch nicht als eine Bremse der Marktwirtschaft, sondern als ihre Ergänzung.

Besonders augenfällig wird der Unterschied zwischen den beiden bürgerlichen und den linken Parteien in unserem Wahlversprechen, die steuerlichen Belastungen der Bürger zu senken. Seit wir diesen Plan in unserem Wahlprogramm festgeschrieben haben, werden unsere politischen Gegner nicht müde zu betonen, dafür sei kein Geld da. Wir sind nicht blauäugig. Auch wir kennen die schwierige Kassenlage. Anders als die Sozialdemokraten glauben wir aber, dass das Geld der Bürger in den Taschen der Bürger am besten aufgehoben ist und der Staat nur das über Steuern und Abgaben nehmen sollte, was unbedingt zur Bewältigung seiner Aufgaben nötig ist. Der Ehrgeiz der Politik muss darauf gerichtet sein, die Belastungen der Bürger auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Dagegen sehen es die Sozialdemokraten als ihre Aufgabe an, immer neue Bereiche und Maßnahmen zu identifizieren, in denen die Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Bereits der Versuch, Potenziale für Steuersenkungen auszuloten wird vom SPD-Finanzminister als „gaga“ diffamiert. Gebot der Stunde sei vielmehr, durch Steuererhöhungen den Staat zur Übernahme weiterer Aufgaben zu befähigen. Der Staat erhält somit ein immer weitergehendes Verfügungsrecht über das Einkommen der Bürger. Der Mensch wird zum hilfsbedürftigen Objekt staatlichen Handelns degradiert, dessen Freiheit nach Belieben beschnitten werden kann.

Das Staatsverständnis der politischen Linken ist von tiefer staatlicher Bevormundung geprägt. Aufgabe von Staat und Politik ist nicht die Ermöglichung eines gelingenden Lebens nach individueller Vorstellung, sondern die Durchsetzung eines einheitlichen Lebenskonzepts nach staatlichen Vorgaben. Das Konzept des eigenverantwortlich und selbstbestimmt handelnden Bürgers hat in der Sicht der politischen Linken keinen Platz. Nur dieses Konzept aber entspricht dem christlichen Menschenbild. Um ihm national und international mehr Geltung zu verschaffen, dafür brauchen wir eine bürgerliche Regierung.



Volker Kauder *MdB*
ist Vorsitzender der
CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag



Handeln aus christlicher Verantwortung

Die Jahreslosung 2009 als Verheißung und Aufforderung

| Volkmars Klein MdL

Die Jahreslosungen, festgelegt von der „Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft für Bibellesen“, sind meist eine gute Basis, um über das Jahr hinweg von Zeit zu Zeit wertvolle Impulse für das eigene Leben und Handeln zu bekommen. Das gilt in diesem Jahr wieder einmal ganz besonders und reicht bis in die politische Verantwortung hinein.

Die Jahreslosung 2009 ist Verheißung und Aufforderung zugleich: „Was bei den Menschen unmöglich ist, das ist bei Gott möglich.“ (Lukas 18, Vers 27) Das ist erst einmal die Zusage und Verheißung, die über den menschlichen Horizont hinausweist. Gott sprengt unsere Begrenzungen und ermöglicht uns, was bei den Menschen nicht möglich ist

bis hin zum ewigen Leben. Das alles dürfen wir von Gott erwarten. Aber wir dürfen von Gott bitte nicht das erwarten, was schon für uns Menschen möglich ist. Das ist unser Teil der Verantwortung. Die Jahreslosung ist damit auch die Aufforderung, das für uns Mögliche zu tun und unseren Beitrag zu

leisten. Als Christen sollen wir nicht weltabgewandt nur die eigene Frömmigkeit pflegen, sondern uns der Welt und den Menschen zuwenden und Verantwortung für den Nächsten übernehmen. Es ist die Aufforderung, sich nicht die Gemütlichkeit des trauten und sicheren Zuhauses genug sein zu lassen, sondern sich auf den Weg zu machen und Aufgaben zu übernehmen.

Wir müssen nutzen, was wir von Gott bekommen haben. Wir müssen uns dieser Verantwortung stellen und ihr gerecht werden.

Ein altes Sprichwort stellt fest: „Im Hafen ist ein Schiff am sichersten. Dort zu bleiben, ist aber nicht seine Aufgabe“. Wir alle haben Aufgaben von Gott erhalten.

Für mich ganz wichtig ist der Satz: „Gottes Gaben sind auch Gottes Aufgaben“. Jeder hat Gaben von Gott bekommen.

Daraus erwachsen uns Aufgaben. Wir müssen nutzen, was wir haben. Wir müssen nutzen, was wir von Gott bekommen haben. Wir müssen uns dieser Verantwortung stellen und ihr gerecht werden. Für Menschen handeln, uns um den Nächsten kümmern. Nicht den bequemsten Weg gehen. Das ist ein Stück Weg, den der Glaube uns vorgibt.

Das ist die Motivation, überhaupt Verantwortung in dieser Gesellschaft zu übernehmen. Verantwortung zu übernehmen nicht nur in der eigenen Familie, im eigenen Freundeskreis, in der eigenen Gemeinde, sondern allgemein in der Gesellschaft. Politik ist ein Teil davon. Natürlich muss nicht jeder Christ in der Politik Verantwortung übernehmen. So viele Positionen gibt es da auch wieder nicht, und deshalb könnte das auch nicht mein Interesse sein. Aber irgendwo in der Gesellschaft sollte man als Christ schon bereit sein, Verantwortung zu übernehmen.

Und das auch in der Politik. Im Titusbrief steht im 3. Kapitel: „Erinnere alle in der Gemeinde daran, sich der Regierung und den staatlichen Behörden unterzuordnen. Sie sollen ihnen gehorchen und darüber hinaus bereit sein, bei allem Guten mitzuwirken.“ (Tit. 3,1; Übersetzung „Die Gute Nachricht“) „... damit alle, die zum Glauben an Gott gekommen sind, darauf bedacht sind, sich mit guten Werken hervorzutun. „Das ist gut und nützt den Menschen.“ (Tit. 3,8; Luther-Übersetzung) Dabei geht es um das Wohlergehen in dieser Welt, nicht um das Seelenheil. Gutes zu tun für Menschen, soweit das möglich ist.

Vertrauen in Gott nimmt uns nicht die Verantwortung in der Welt ab. Gebet und Verantwortung passen sehr gut zusammen. Natürlich bete ich für einen sicheren Weg, aber gleichzeitig muss ich doch meinen Teil der Verantwortung übernehmen. Sich auf Gott zu verlassen bedeutet ja auch nicht, im Auto auf Sicherheitsgurte zu verzichten. Gurte zu benutzen kann man nicht als Zeichen von Unglauben werten. Mich beeindruckt die Arbeits- und Glaubenseinstellung von Martin Luther: „Bete, als nütze die Arbeit nichts. Arbeite, als nütze das Beten nichts.“ Oder ein anderer Sinnspruch, dessen Autor mir unbekannt ist: „Erbitte Gottes Segen für Deine Arbeit, aber erwarte nicht, dass er sie auch noch tut.“ Wir müssen uns auch schon selbst auf den Weg machen und Verantwortung übernehmen. Beim Autofahren, beim Erwerb unseres Lebensunterhalts und auch bei der politischen Gestaltung unserer Umgebung.

Die Übernahme von Verantwortung für den Nächsten endet nicht bei der Diakonie. Am biblischen Gleichnis des barmherzigen Samariters wird mir dies immer wieder deutlich. Der barmherzige Samariter wendet sich demjenigen zu, der unter die Räuber gekommen ist und



halbtot am Wegesrand liegt. Er verbindet seine Wunden und bringt ihn zur nächstgelegenen Herberge, damit der dortige Wirt ihn gesund pflegt. Das ist Diakonie und Nächstenliebe im besten Sinne. Aber wenn sich die Überfälle häufen, brauchen wir dann immer mehr barmherzige Samariter, oder dient dann nicht eine Polizeistation der Nächstenliebe viel mehr?

Übertragen auf die heutige Zeit kann man sich eine Kreuzung vorstellen, auf der ein Unfall passiert. Schön, dass gerade der Gedanke christlicher Nächstenliebe schon früh Rettungsdienste und Krankenversorgung initiiert hat und Verletzte heute einen Rettungswagen erwarten können. Auch hier gilt wieder: Diakonie im besten Sinne. Aber wenn sich

an dieser Kreuzung die Unfälle häufen, brauchen wir dann mehr Krankenwagen? Oder ist es nicht viel mehr am Menschen orientiert, über eine richtig geschaltete Ampelanlage oder einen Kreisverkehr nachzudenken? Damit sind wir bei politischen Entscheidungen, und das Beispiel macht deutlich, dass bei der Orientierung an christlicher Nächstenliebe das diakonische Handeln nahtlos in politische Verantwortung übergeht.

Aus dem Glauben heraus empfundene Verantwortung als Motivation auch für politisches Handeln ist das Eine. Aber wie sieht es mit den Inhalten aus, was sind die Wegmarken für politisches Handeln? Unsere christliche Vorstellung vom Menschen muss Leitschnur unseres Weges und unseres Handelns sein. Deshalb wird die Politik aber nicht christlich, es gibt auch keine christlichen

Unternehmen. Staat und Partei sind ja auch weder Kirche noch Missionswerk. Aber es gibt Christen in der Politik, und das christliche Menschenbild ist Grundlage für politische Entscheidungen. In gewissem Sinne ist das christliche Menschenbild sogar die Basis unseres ganzen Staates und in Gesetz gegossen als Grundwerte entscheidender Teil unseres Grundgesetzes. Wir brauchen auch diese Klammer, dieses Leitbild, das unsere Gesellschaft zusammenhält. Eine Leitkultur, einen gemeinsamen Fundus an Wertvorstellungen. Solche Grundüberzeugungen unserer Gesellschaft müssen immer wieder erneuert werden und die Quellen, aus denen sie gespeist werden, dürfen nicht versiegen oder zugeschüttet werden. Das zu erhalten, ist unsere gemeinsame Aufgabe, und ich bin stolz darauf, dass unser CDU-Grundsatzprogramm das auch als unsere Verantwortung beschreibt.

Der entscheidende Bestandteil unseres christlichen Menschenbildes ist das Bekenntnis zur unantastbaren Würde eines jeden einzelnen Menschen. Als Geschöpf Gottes hat jeder Mensch den gleichen Wert, unabhängig von seiner individuellen gesundheitlichen oder sozialen Situation oder davon, welchen Nutzen er für andere hat. Gleichzeitig hat der Mensch die Freiheit, selbst sein Leben zu gestalten. Er hat sogar die Freiheit, sich für oder gegen Gott zu entscheiden und muss erst recht die weniger wichtigen Fragen seines eigenen Lebens selbst bestimmen dürfen. Dabei ist er unvollkommen und längst nicht immer gut und altruistisch. Der Staat muss so gestaltet werden, dass er mit genau diesen unvollkommenen Menschen funktioniert und nicht andersrum: Linke Ideologen wollen die Menschen solange biegen, bis sie in ihr System passen. Das widerspricht unserem Bild vom Menschen. Politisches Handeln ist daran zu messen, ob die Würde des Menschen gesichert und staatliche Bevormundung vermieden wird.

Für mich ist an dieser Stelle wichtig, nicht nur ein christliches Menschenbild zu haben, sondern auch ein christliches Gottesbild: Wenn der Mensch als Geschöpf Gottes diese Würde hat, also auch mit Grundrechten ausgestattet ist, dann kann der Staat solche Rechte nicht mehr gewähren, sondern nur anerkennen. Ein Staat, der Grundrechte aus sich heraus gewährt, kann sie auch wieder einsammeln. Das haben wir in Deutschland erlebt. Deshalb ist mir die Präambel

in unserem Grundgesetz auch besonders wichtig. Dort wird die Verantwortung vor Gott und den Menschen festgeschrieben. Es wäre sehr schön gewesen, diesen christlichen Bezug, der Europa auch geprägt hat, noch deutlicher in den EU-Verträgen festzuhalten.

Würde, Freiheit und Solidarität sind die zentralen Begriffe unseres Menschenbildes. Dieses Bild vom Menschen entspricht christlicher Glaubensvorstellung. Dem kann man sich auch anschließen, ohne die Glaubensbasis zu teilen. Das ist von zentraler Bedeutung in einem Staat, der die Menschen eben nicht in ihrem Glauben bevormundet. Dieses Menschenbild ist Quelle der bei uns garantierten Grundrechte und Grundlage unserer offenen und toleranten Gesellschaft. Davon profitieren gerade Andersgläubige, weil es ganz selbstverständlich auch deren Religionsfreiheit sichert. Dabei wird auch klar: Wir dürfen uns nicht den Boden unter den Füßen wegziehen lassen und müssen dafür sorgen, dass das christliche Menschenbild auch weiter prägend für unser Land bleibt. Weltanschauliche Neutralität des Staates darf nicht Wertelosigkeit und am Ende Wertlosigkeit bedeuten.

Menschenwürde ist etwas, was vor allem ganz am Beginn, aber auch ganz am Ende des Lebens wichtig ist. Die Würde des Menschen beginnt schon lange vor der Geburt. Das Experimentieren mit Embryonen und das damit einhergehende Vernichten menschlichen Lebens müssen wir weiter verhindern. Deutschland hat das restriktivste Embryonenschutzgesetz weltweit. Das muss so bleiben.

Wir dürfen uns nicht den Boden unter den Füßen wegziehen lassen und müssen dafür sorgen, dass das christliche Menschenbild auch weiter prägend für unser Land bleibt.

Bewertung und Auswahl von menschlichem Leben können wir auch nicht unter dem beschönigenden Deckmantel medizinischer Forschung akzeptieren. Auch mit den massenhaften Abtreibungen in unserem Land dürfen wir uns nicht abfinden. Die Frage der Menschenwürde ist auch entscheidend wichtig am Ende des Lebens: Aktive Sterbehilfe darf es nicht geben. Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass dann alte Menschen schnell einen Erwartungsdruck zur Inanspruchnahme empfinden. Man will niemandem zur Last fallen, auch eine durchaus menschliche Empfindung. Als Gesellschaft müssen wir für die Würde von Alten, Kranken oder Behinderten eintreten. Gebraucht wird keine Sterbehilfe, sondern ein weiterer Ausbau von Sterbebegleitung und Hospizdiensten.

Spendenstand

Seit dem 2. Januar 2009 haben insgesamt 161 Spender 9.356,19 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cducsu.de

Menschenwürde darf auch nicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgesetzt sein. In einem Land, das sehr viele Zuwanderer willkommen heißt, muss darauf geachtet werden, dass nicht in bestimmten Zuwanderermilieus Grundrechte vorenthalten und beispielsweise Zwangsehen geschlossen oder die Gleichberechtigung der Frau missachtet werden. Das mag zur heimatlichen Kultur einiger Zugewanderter gehören, in Deutschland hat das aber keinen Platz. „Multi-Kulti“ mag an vielen Stellen interessante Impulse für unser Land geben, ist generell aber kein Konzept für Deutschland. Im Gegenteil: Toleranz ist in den vergangenen Jahren viel zu oft mit Gleichgültigkeit verwechselt worden. Wir müssen mehr darauf achten, dass die Grundrechte und damit Würde und Freiheit für alle in Deutschland gelten.

Aber auch für den normalen Alltag gilt es, die Würde des Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Jeder braucht einen Platz in der Gesellschaft, keiner soll sich überflüssig fühlen. Das ist aber bei vielen der Fall. Mit der Arbeitslosigkeit dürfen wir uns nicht abfinden, sondern wir müssen alles tun, um die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern und damit auch die gegenwärtige Krise zu bewältigen. Das gebietet die Achtung der Würde der Menschen und damit mein christliches Bild vom Menschen als Basis dieser Überzeugung.

Aber deshalb kann ich ja nicht behaupten, mein wirtschaftspolitisches Konzept sei christliche Politik. Wenn jemand anderes auf der Basis seiner ebenfalls christlichen Überzeugung zu gegenteiligen Detailvorschlägen kommt, muss ich das akzeptieren. Ich erwarte jedoch, dass umgekehrt mir niemand vorwirft,

unchristlich zu handeln. Da haben Teile der evangelischen Kirche sicher in der Vergangenheit Fehler gemacht. In sozialen Fragen und noch drastischer bei den Abrüstungsdiskussionen früherer Jahrzehnte wurden oft angeblich „christliche“ Positionen definiert, was dann Christen mit anderer Überzeugung an den Rand und oft aus der Kirche drängte. Es gibt selten Lösungen, die nur gut oder nur schlecht sind. Praktisch immer gibt es bei noch so richtigen Entscheidungen auch Aspekte, die andere Menschen mindestens belasten und damit auch Schuld bedeuten.

Da hilft Max Webers alte Unterscheidung von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Gut, wenn ein Unternehmer aus seiner an der Nächstenliebe orientierten Gesinnung heraus einen Arbeitnehmer einstellt, der die Stelle dringend braucht und dem er helfen kann. Das ist eindeutig ethisches Verhalten. Würde der Unternehmer jedoch in seinem Unternehmen nur noch nach Bedürftigkeit und nicht nach Qualifikation einstellen, würde er seiner Verantwortung für das Ganze nicht gerecht, würde das Unternehmen gefährden und sich eben nicht ethisch verhalten. Verantwortung bedeutet, im Interesse der größeren Gemeinschaft zu entscheiden, auch wenn es im Einzelfall hart ist.

Selbstverständlich bin ich gegen bewusstes Verletzen oder gar Töten von Menschen. Trotz dieser Gesinnung entscheide ich im Landtag, auch todbringende Waffen für die Polizei zu finanzieren und ihren Einsatz notfalls für richtig zu halten, weil es aus Verantwortung für die ganze Gemeinschaft richtig ist. Natürlich bedeutet es eine gewisse Schuld für den Polizisten, aber auch für mich, wenn durch den Einsatz der Waffe jemand zu Schaden kommt. Die größere Schuld jedoch lädt derjenige auf sich, der einfach nichts tut und beispielsweise bei einer brutalen Geiselnahme nur tatenlos zusieht.

Gerne würde ich mehr Haushaltsmittel für Familienberatung zur Verfügung stellen. Ich bin sicher, dass viele Probleme in unserer Gesellschaft damit zusammenhängen, dass es zu viele kaputte Familien gibt. Das aber auf Kosten höherer Schulden zu tun, wäre unverantwortlich gegenüber künftigen Generationen, denen wir ohnehin schon eine viel zu große Belastung hinterlassen. Da werde ich schon mal gefragt: „Kannst Du

das überhaupt mit Deinem Gewissen als Christ vereinbaren, mit all den Konflikten und Kompromissen?“ Natürlich gibt es viele Konflikte und kontroverse Diskussionen. Oft auch mit Leuten, die ihrerseits auf der Basis christlicher Werte argumentieren und zu anderen Ergebnissen kommen. Es ist ja nicht nur die Politik, in der harte Entscheidungen getroffen werden müssen. In der Kirche ist das nicht anders. Ich bin Mitglied der Kreissynode meines Siegerer Kirchenkreises. Ich habe aber noch nie erlebt, das mich jemand fragt: „Kannst Du es denn mit Deinem Gewissen als Christ vereinbaren, Mitglied der Kreissynode zu sein?“ Das wäre ja auch offensichtlich paradox. Die Kreissynode musste aber aus der Gesamtverantwortung für die finanzielle Stabilität nicht nur eine Kürzung der Mittel für die Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle beschließen, sondern die komplette Streichung.

Abschließend noch ein Gedanke zu Grenzen: Christliche Verantwortung bedeutet für mich, einerseits Grenzen zu überschreiten, andererseits aber auch Grenzen zu sehen und Grenzen zu setzen. Das gilt sowohl für das eigene Leben wie für das politische Handeln. Wir müssen Grenzen überschreiten, wenn es darum geht, auf Menschen zuzugehen. Auf Menschen, die man vielleicht sonst eher meiden würde, wie Gefängnisinsassen. Da bewundere ich diejenigen, die sich ehrenamtlich in der Gefangenen-seelsorge engagieren. Diesen Dialog zu führen, ist wichtig, gerade mit anderen Kulturen. Grenzen zu überschreiten kann aber auch ganz praktisch bedeuten, Verantwortung für die Menschen in Afrika oder beispielsweise der Ukraine zu übernehmen.

Auf der anderen Seite müssen wir Grenzen sehen und auch setzen. Nicht alles, was geht, darf auch erlaubt sein. Grenzen bei embryonaler Forschung und Bioethik habe ich ja schon genannt. Der Schutz des Sonntags bedeutet auch, entsprechende Grenzen zu setzen.

Nicht alles können wir regeln: Ganz generell einfach auch Grenzen zu sehen und weder einer zu großen Staatsgläubigkeit zu erliegen, noch die eigene Wichtigkeit zu überschätzen, wäre gut. Allem Zeitgeist zum Trotz

wäre allgemein in unserer Gesellschaft etwas mehr Demut angebracht.

Mir persönlich wichtig geworden ist eine Bibelstelle, die auch ein Stück politisch relevant ist: Die Bibel berichtet in 2. Mose, Kapitel 3, wie Gott seinem Diener Mose im Brennenden begegnet. Mose

fragt Gott: „Wer bist Du?“ Gott antwortet: „Ich bin, der ich bin.“ Das ist nicht direkt eine Antwort, aber wie soll auch eine Antwort aussehen, die die Identität des Schöpfers in seiner Unendlichkeit

umschreiben könnte. Also überrascht uns diese Antwort nicht. Aber Mose fragt weiter: „Wer bin ich?“ Da antwortet Gott ganz anders als wir das erwarten und als Menschen diese Frage beantworten würden. Wir würden beschreiben, charakterisieren, einsortieren: Mose ist mutlos und kann auch nicht richtig reden, das lesen wir ja auch später im Kapitel. Aber für Gott ist der Mensch viel mehr als die Summe aus Eigenschaften, Namen und Problemen. Das ist nicht einmal entscheidend. Gott antwortet nämlich: „Ich werde immer bei Dir sein.“ Die Antwort ist ganz anders als Menschen sie geben würden. Er antwortet mit einer Zusage. Mit der Zusage, uns eben nicht allein zu lassen mit unseren Sorgen, Gebrechen oder Problemen.

Gott begleitet Mose auf seinem Weg, auch politische Verantwortung für sein Volk zu übernehmen. Denn darum geht es hier. Das gibt auch uns fröhliche Gelassenheit angesichts unserer eigenen Unzulänglichkeiten und oft bedrückend groß erscheinenden Aufgaben.

Noch kürzer fasst das David, Psalmist und als König auch Politiker seiner Zeit, in Psalm 68, Vers 20 zusammen: „Gelobt sei der Herr täglich. Er legt uns eine Last auf, aber er hilft uns auch.“

Der Artikel basiert auf einem Vortrag, den Volkmar Klein am 16.2.2009 an der Freien Theologischen Hochschule (FTH) Gießen gehalten hat. Volkmar Klein ist verheiratet und lebt mit seiner Frau und vier Kindern in Burbach und kandidiert im Wahlkreis Siegen-Wittgenstein für den Deutschen Bundestag.



Volkmar Klein MdL
ist haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und Landesvorsitzender des EAK in Nordrhein-Westfalen.



Vertrauen stärken, Perspektiven schaffen

Dr. Reinhard Göbner, Mitglied der Sozialkammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Hauptgeschäftsführer der BDA zur Unternehmerdenkschrift der EKD

Die Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“, die der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) Bischof Dr. Wolfgang Huber im Juli 2008 veröffentlicht hat, ist eine gute Grundlage für den weiteren Gedankenaustausch zwischen der Evangelischen Kirche und der Wirtschaft. Anlass und Zielsetzung der Unternehmerdenkschrift war, Analysen und Empfehlungen für verantwortliches wirtschaftliches Handeln anzubieten, ohne sich in ethischen Einzelschriften zu verlieren. Die EKD würdigt damit die Bedeutung unternehmerischen Handelns für die Gesellschaft und will dazu ermutigen, unternehmerische Verantwortung zu übernehmen. Die Denkschrift lädt ausdrücklich zu einem „neuen Dialog“ zwischen Evangelischer Kirche und Unternehmertum ein. Mit der Denkschrift möchte die EKD Missverständnisse ausräumen und gegenseitiges Verständnis fördern.

Es ist gut, dass die EKD gerade in einer Zeit, in der den Unternehmern großes Misstrauen entgegen schlägt, unternehmerisches Handeln würdigt und wertschätzt. Die Kirche leistet damit einen wichtigen Beitrag, das Vertrauen in unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu stärken. Dies ist dringend notwendig, denn viele Menschen sind enttäuscht von einzelnen Verantwortungsträgern in der Wirtschaft. Längst befinden wir uns inmitten einer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Systemdebatte, an der sich Wirtschaft und Kirche mit klaren Worten beteiligen müssen. Die EKD hat sich mit der Unternehmerdenkschrift frühzeitig positioniert und eindeutig zur Sozialen Marktwirtschaft bekannt.

„Wohlstand für alle“ hieß das Programm Ludwig Erhards, mit dem er den Grundstein für die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland legte. In 60 Jahren

hat die Soziale Marktwirtschaft immer wieder bewiesen, dass sie ein Erfolgsmodell ist. Sie hat uns einen in dieser Breite historisch einmaligen Wohlstand, eine gute soziale Sicherung und politische Stabilität ermöglicht. Deshalb muss uns alarmieren, dass sich der sichtbare und messbare Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft nicht mehr im Vertrauen der Bürger spiegelt.

Die Gründe für das schwindende Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft sind vielfältig. Zum einen haben viele Menschen das Gefühl, dass der Aufschwung der vergangenen Jahre nicht bei ihnen angekommen sei. Die teils unsachlich geführte Diskussion über Armut und zunehmende Einkommensunterschiede in Deutschland hat dieses Gefühl verstärkt. Zum anderen verstärkt die Finanzmarktkrise die tiefe Verunsicherung der Menschen. Die Denkschrift setzt sich mit den Ursachen der

Krise auf den Finanzmärkten auseinander und ruft richtigerweise zu besserer Aufsicht, zu mehr Transparenz und Selbstverpflichtung auf. Ein starker, aber schlanker Staat soll Regelungen und Leitlinien schaffen und damit Orientierung für unternehmerisches Handeln geben. Neben den „Leitplanken“, die der Staat aufstellen muss, ist eine gesellschaftliche Debatte über die ethische Orientierung unternehmerischen Handelns unerlässlich.

Heute steht die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland, aber auch weltweit, vor neuen, großen Herausforderungen. Darauf müssen Politik, Wirtschaft, Kirchen und Verbände Antworten finden. Besonders die Globalisierung empfinden viele Menschen in der derzeitigen Wirtschaftskrise als Bedrohung. Eine derartige Wirtschaftskrise hat es in der 60-jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben. Aufgrund der starken Exportorientierung leidet Deutschland besonders unter der weltweiten Krise. Die dramatischen Ereignisse der vergangenen Monate dürfen jedoch nicht vergessen lassen, dass wir in der Vergangenheit in hohem Maße von der Globalisierung profitiert haben. Deutschland war jahrelang Exportweltmeister und konnte diesen Titel auch im Jahr 2008 allen Erwartungen zum Trotz einmal mehr verteidigen. Im vergangenen Jahr wurden erstmals Waren im Wert von über einer Billion Euro ausgeführt.

Auch andernorts hat die Globalisierung große Chancen geboten, wie die Unternehmerdenkschrift der EKD zutreffend betont. Nur durch die Teilnahme am Welthandel und durch offene Märkte haben die Entwicklungs- und Schwellenländer eine Chance auf Entwicklung und mehr Menschenrechte. Zahlreiche deutsche Unternehmen übernehmen im Rahmen ihrer CSR-Strategien gesellschaftliche Verantwortung auch im Ausland. Rechtsstaatlichkeit muss die Politik garantieren, aber Unternehmen können mit gutem Beispiel vorangehen. Auf dieses Engagement sollte gerade aus christlicher Sicht mutiger hingewiesen werden. Gleichzeitig sind die bestehenden Handelsbarrieren und nationalen Protektionismen der Industrieländer aus moralischer Perspektive nicht zu rechtfertigen. Letztlich sind sie nichts anderes als nationaler Egoismus und Besitzstandswahrung. Diese Kritik muss sich durchaus auch die europäische Wirtschaftspolitik gefallen lassen.

Die Denkschrift setzt sich auch mit dem Thema der Standortverlagerungen ausführlich auseinander. Sie erinnert daran, dass Verlagerungen immer auch als Chance für die Länder betrachtet werden müssen, in die investiert wird. Zu einer ausgewogenen, ethisch begründbaren Einschätzung von Standortverlagerungen kann nur kommen, wer beide Seiten sieht: das Land, aus dem heraus verlagert wird, aber auch das Land, in das hinein verlagert wird.

Glücklicherweise ist die deutsche Wirtschaft mit guten Voraussetzungen in diese Krise gegangen. Durch die vergangenen Wachstumsjahre verfügen Unternehmen über mehr Eigenkapital und bessere Gestaltungsmöglichkeiten bei der Arbeitszeit. Flexible Arbeitszeitregelungen können jetzt helfen, Mitarbeiter durch die Krise hindurch zu halten. Die Bundesregierung hat mit den beiden Konjunkturprogrammen richtig und entschlossen gehandelt. Allerdings müssen die ordnungspolitischen Grenzen staatlichen Handelns auch in der Krise gelten. Dazu gehört, dass eine staatliche Beteiligung an in Not geratenen Unternehmen keine Lösung sein kann. Wenn der Staat bei einzelnen Unternehmen einsteigt, führt das unweigerlich zu Wettbewerbsverzerrungen. Was ökonomisch unvertretbar ist, kann nicht moralische Pflicht sein.

Unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem lebt von Voraussetzungen, die es selbst nicht schaffen kann. Es ist auf Werte angewiesen, die vorgelebt und so für die Menschen erlebbar gemacht werden. Regeln allein schaffen keine moralische Erneuerung, sie sind aber wichtige Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaften in der Sozialen Marktwirtschaft. Entscheidend ist, dass sich jeder seiner Verantwortung bewusst ist. Die Verantwortung des Einzelnen aus dem Blick zu verlieren, wäre der falsche Weg. Bei der aktuellen Krise handelt es sich auch um eine Wertekrise. Wir brauchen deshalb einen Werte- und Strukturwandel auf den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. Die Einsicht, dass Freiheit und Verantwortung untrennbar miteinander verbunden sind, zieht sich wie ein roter Faden durch die Unternehmerdenkschrift. Sie sollte auch das unternehmerische Handeln im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens in der Sozialen Marktwirtschaft bestimmen.

Die Unternehmerdenkschrift greift brennende Fragen unserer Zeit auf und formuliert Lösungsansätze. Angesichts der großen Verunsicherung, die die Finanzmarktkrise ausgelöst hat, müssen sich alle gesellschaftlichen Gruppen den grundlegenden Orientierungsfragen stellen und verständliche Antworten darauf formulieren. Die Vorschläge der Denkschrift sind insbesondere deswegen zukunftsweisend, weil sie den engen Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik aufzeigen und sich an dem wichtigen Ziel der Beschäftigung und Teilhabe orientieren.

Neben der wirtschaftlichen Bewältigung der Krise ist eine wesentliche Herausforderung dieser Tage, um Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft zu werben. Alle Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind gefordert, die Attraktivität unserer freiheitlichen und sozialen Wirtschaftsordnung zu verteidigen und zu erhalten. Die Politik muss wieder konsequenter langfristigen Zielen folgen, ohne sich durch

Stimmungslagen oder andere Opportunitäten der Tagespolitik von ihren grundlegenden Orientierungen abbringen zu lassen. Erfolgreiche und nachhaltige Reformen dürfen nicht wieder außer Kraft gesetzt oder aufgeweicht werden, wie dies z. B. mit wichtigen strukturellen Veränderungen der Agenda 2010 geschehen ist. Damit alle Chancen für Beschäftigung genutzt werden können, dürfen Wirtschaft und Arbeit nicht weiter belastet werden. Die Modernisierung der Arbeitsmarktordnung und Strukturreformen in den sozialen Sicherungssystemen sind dafür unerlässlich. Nicht zuletzt gilt es, die Anstrengungen für Bildung weiter zu verstärken. Sie ist die beste Investition in unsere Zukunft und wichtigste Voraussetzung für Teilhabe in der Gesellschaft. Aber auch die Wirtschaft ist gefordert, mit gutem Beispiel voranzugehen und mit Worten und Taten für eine Wirtschaftskultur der Nachhaltigkeit einzutreten. Die aktuelle Krise zeigt, dass ein kurzatmig an Renditen orientiertes Wirtschaften keine Zukunft hat.

In 60 Jahren hat die Soziale Marktwirtschaft immer wieder bewiesen, dass sie ein Erfolgsmodell ist. Sie hat uns einen in dieser Breite historisch einmaligen Wohlstand, eine gute soziale Sicherung und politische Stabilität ermöglicht.

Bei der aktuellen Krise handelt es sich auch um eine Wertekrise. Wir brauchen deshalb einen Werte- und Strukturwandel auf den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft.



Dr. Reinhard Göbner
ist Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)



„Umkehr zum Leben – Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels“

Kritische Anmerkungen zur neuen Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

| Prof. Dr. Wolfgang Merbach

Mit dieser Denkschrift nimmt die EKD ein Thema auf, das für die weitere Menschheitsentwicklung von entscheidender Bedeutung ist und reiht sich damit in eine Vielzahl ähnlicher Bemühungen ein. Im Einzelnen werden folgende Aspekte behandelt: Auswirkungen des Klimawandels und die daraus erwachsenden Politikanforderungen, Armutsbekämpfung vor dem Hintergrund des Klimawandels, Beziehungen zwischen Ernährungssicherung, Energieressourcen und Klimawandel, politische und ökonomische Leitlinien einer gerechten und nachhaltigen Klima- und Entwicklungspolitik einschließlich ihrer Konsequenzen sowie der Bezug dieser Themen zu Schöpfungsglaube und Gerechtigkeit.

Entscheidend für die Beurteilung ist aus meiner Sicht, inwieweit die Denkschrift der in der Einleitung formulierten Zielstellung gerecht wird, auf der Basis einer gewissenhaften Sach- und Problemanalyse über die Wechselwirkungen zwischen Klimawandel und Armutsbekämpfung fundierte Folgerungen für die Erfüllung der realistischen Lebensbedürfnisse bei gleichzeitiger Schonung und Erhaltung der Ressourcen (heute und in Zukunft) zu ziehen und somit einen originären Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte zu leisten.

Betrachtet man die Denkschrift unter diesem Aspekt, so findet man zunächst ein ganzes Bündel bemerkenswerter

(theoretischer) Ansätze. Dies betrifft das Leitbild einer gerechten und nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung, für die Wohlfahrt, Lebensqualität und Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Ökosysteme wichtiger sind als unbegrenztes Wachstum, Konsum und Mobilität. Es steht außer Frage, dass dafür eine Änderung des Lebensstiles und Konsumverhaltens besonders in den reichen Industriestaaten unerlässlich ist („Umkehr zum Leben“). Uneingeschränkt zustimmen kann man auch den Aussagen, dass jede zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung den Erhalt einer funktionierenden Umwelt und die Abkopplung der Klimagasemission durch die „Decarbonisierung“ (weg von Erdöl und Kohle, hin zu

erneuerbaren Energien) sowie die Erhaltung von Kohlenstoffsinken wie Wäldern und Mooren einschließen muss, um die Erderwärmung in Grenzen zu halten. Dies gilt auch für die Forderung nach vorbeugender Anpassung an die Folgen der bereits heute absehbaren, unvermeidbaren Klimaveränderungen. Bedenkenswert ist ferner der Hinweis auf das Problem der potentiellen „Klimaflüchtlinge“. Richtig ist schließlich auch, dass die Industriestaaten bei der Lösung der Probleme besonders in der Pflicht stehen.

Nach diesen grundsätzlich positiven Denkansätzen, die sich ein evangelischer Christ ohne Bedenken zu eigen machen kann, bleibt das EKD-Papier an vielen Stellen hinter dem selbst gestellten Anspruch zurück. Dies kann aus Platzgründen nur an sehr wenigen Beispielen erörtert werden.

Zunächst scheint der kirchenspezifische, theologische Hintergrund ausbaufähig. Gedanken zum Umgang mit der Fehlbarkeit menschlichen Handelns oder der Zuversicht in göttliches Handeln (z. B. Bergpredigt) werden unvollkommen reflektiert.

Die Denkschrift ist insgesamt zu lang, nicht durchweg klar formuliert und vielfach redundant. Ihre Aussagen gehen nicht über die Argumente des sog. „Mainstreams“ hinaus und haben eine (zu?) große Nähe zum Gedankengut von Bündnis 90/Die Grünen bzw. von Greenpeace oder BUND.

Deren Argumente werden meist ungeprüft übernommen und praktisch nicht kritisch hinterfragt. Beispielsweise kann die Anzahl von Unwetteropfern nicht vordergründig oder allein – wie es in der Denkschrift aber geschieht – dem Klimawandel zugeschrieben werden, da dabei die Besiedlung gefährdeter Gebiete (Flussauen, Berghänge) eine ungleich größere Rolle spielt. Ferner werden die im Schrifttum prognostizierten positiven Wirkungen der Klimaänderung in vielen Regionen nicht einmal erwähnt.

Der Einsatz vorhandener bzw. die Schaffung neuer (technologischer) Möglichkeiten, also die Nutzung des „kreativen Potentials“ der Menschheit, wird nur unvollkommen behandelt. Beispielsweise findet der Hochwasserschutz für überflutungsgefährdete Gebiete (z. B. Bangladesch) keine Berücksichtigung, obwohl dafür plausible



Lösungsansätze publiziert sind. Ähnliches gilt für die „C-Verklappung“ bei der Kohleverstromung oder mögliche neue Entwicklungen auf dem Energiesektor (Kernfusion, Wasserstofftechnik etc.). Es ist zu kurz gegriffen, die Atomkraft auf die Uranspaltung zu reduzieren und sie dann auch als Übergangslösung abzulehnen.

Bei den Vorschlägen und Schlussfolgerungen für die Welternährung werden die Züchtungsfortschritte der letzten 30 bis 40 Jahre mit keinem Wort erwähnt, obwohl diese in den großen Ländern Asiens die Getreideerträge verdreifacht und damit zur Vermeidung der erwarteten Hungerkatastrophen trotz Verdopplung der Weltbevölkerung beigetragen haben (Grüne Revolution). Die Vorschläge zur zukünftigen Ernährungssicherung im allgemeinen und besonders in den ärmsten Ländern (z. B. südlich der Sahara) erscheinen daher auch realitätsfremd. Natürlich sind die Sicherung der Infrastruktur und des Marktzugangs, stabile politische Verhältnisse, Landeigentum und soziale Absicherung ebenso wie an Boden und Klima angepasste Anbauverfahren Grundvoraussetzungen für die landwirtschaftliche Nahrungs- und Futtermittelerzeugung unerlässlich. Aber sie allein können die Probleme nicht lösen. Bedenkt man, dass 2050 mindestens drei Milliarden Menschen mehr und besser als

heute (aber noch lange nicht so gut wie hierzulande) von einer geringeren Fläche als heute ernährt werden müssen – denn ein Teil der Flächen wird für nachwachsende Rohstoffe benötigt – ist es essentiell, die Flächenproduktivität (Ertrag pro Hektar) zu verdreifachen. Diese gewaltige Herausforderung lässt sich weder durch die in der Denkschrift propagierte kleinbäuerliche, biologische Landwirtschaft noch durch Versagenshaltungen gegenüber bestimmten technologischen Entwicklungen meistern. Stattdessen ist die Nutzung aller Möglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes geboten. Das schließt Pflanzensorten mit hoher Nährstoffeffizienz, Hitze-, Salz-, Trocken- und Krankheitstoleranz sowie Senkung der Lager- und Ernteverluste durch wirksamen Pflanzenschutz ebenso ein wie neue Verfahren der Bewässerung und Wasserspeicherung. Dazu muss die stark geschrumpfte Agrarforschung wieder aktiviert werden. Ferner ist zur Sicherung der Nahrungsbereitstellung eine drastische Reduzierung des Flächenver-

brauchs für Wohn- und Gewerbebauten („Versiegelung“, in Deutschland derzeit 100 ha pro Tag) nötig. Nach allen diesen Fragen sucht man in der Denkschrift

aber vergebens. Ähnliche Defizite findet man neben guten Ansätzen auch bei der Erörterung der zukünftigen Gestaltung der Energiewirtschaft. Aus Platzgründen kann hierauf nicht weiter eingegangen werden; jedoch sei ein „Gedankensplitter“ noch angemerkt: Die Vorstellung, Energie- und Maschineneinsatz zukünftig wieder durch menschliche Arbeitskraft zu ersetzen, scheint doch eher weltfremd zu sein.

Fazit: Mit der EKD-Denkschrift liegt ein weiteres Papier zur möglichen Bewältigung der Klimaproblematik vor. Es geht jedoch inhaltlich nicht über vergleichbare andere Wortmeldungen hinaus. Das Papier lässt an Ausgewogenheit zu wünschen übrig und hat bei den Lösungsansätzen Defizite. Der selbst gewählte Anspruch eines neuen, qualifizierteren Ansatzes zur gesellschaftlichen Debatte wird nicht erfüllt.



Prof. Dr. Wolfgang Merbach ist Agrarwissenschaftler und Projektleiter an der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg sowie Beisitzer im EAK-Bundesvorstand



Jan Fleischhauer,
**Unter Linken – von einem,
 der ausversehen konservativ wurde**
 Rowohlt Verlag GmbH, Reinbek bei
 Hamburg 2009 (4. Auflage Juni 2009)
 ISBN 978-3-498-02125-2
 gebunden, 351 Seiten, 16,90 EUR

„Spiegel“-Redakteur Jan Fleischhauer rechnet mit der linken Bewegung ab und reflektiert immer wieder auf amüsante und humorvolle Weise den Bruch mit seiner eigenen biographischen Erblast. Der Charme dieses Buches liegt in der Authentizität von Fleischhauers Apostasieerfahrung („Das Schwierigste für jeden späten Konservativen ist immer das Coming-out“) und der gekonnten Art, mit der der Autor die Selbstwidersprüche und Abstrusitäten der Altlinken sowohl in ihrer Lebensführung („Wer kommt schon auf die Idee, dass man mit dem Genuss eines amerikanischen Brausegetränks den Ausverkauf seiner Ideale begehen könnte“) als auch ihrer Denkungsart zu schildern versteht: „An der ostdeutschen Hinterlassenschaft des Kommunismus kaut die Bundesrepublik noch heute: 1,5 Billionen Euro sind seit der Wiedervereinigung vom Westen in den Osten geflossen, weitere 160 Milliarden werden es bis 2020 sein, wenn der Solidar-pakt offiziell ausläuft, und das schließt die Sozialtransfers dann noch nicht ein. Ohne die Sanierung des Beitrittsgebiets wäre die Wachstumsquote in den alten Bundesländern zwischenzeitlich etwa doppelt so hoch ausgefallen, wie die EU-Kommission in einem Bericht 2002 feststellte, aber all das hindert die Entscheidungsträger bei Grünen und SPD nicht, einen Schulterchluss mit den Rechtsnachfolgern der SED anzustreben, die unverdrossen weiter die ‚Systemfrage‘ stellen.“ Unglücklich ist bei allem allein die historisch ziemlich peinliche Beurteilung des Protestantismus, den Fleischhauer kurzerhand und kategorisch zum Vorboten und Gesinnungsfreund linker Gesellschaftshoffnungen deklariert (vgl. S. 68 ff). Ansonsten aber recht lesenswert!

Empfehlung ★★★★★



Martin Lohmann,
**Das Kreuz mit dem C –
 Wie christlich ist die Union?**
 Verlag Butzon & Bercker,
 Kevelaer 2009 (1. Auflage)
 ISBN 978-3-7666-1242-7
 gebunden, 208 Seiten, 14,90 EUR

Man merkt es gleich zu Beginn: Hier schreibt sich einer gleichsam alles vom Leibe, was sein schöngefärbtes und heiles Weltbild ins Wanken zu bringen droht. Dabei erscheint Lohmann im Grunde genommen unfähig, die gerade für die Beurteilung politischer Verantwortung so notwendigen Differenzierungsleistungen zu erbringen. Man hat das Gefühl: Hier wird einer am „C“ der CDU irre, weil er selber letztlich einen irregeleiteten Zugang zur Grund- und Gesamtproblematik hat und alles nur noch durch die einseitige Brille der eigenen, milieugebundenen Befangenheiten zu sehen vermag. Das Strickmuster dieses Pamphlets (aus der wohl gerade neu entstehenden Literaturgattung des „C“-Bashings“ bei der CDU) ist von schier unglaublicher Einfachheit: Zu Adenauers Zeiten war – basierend natürlich auf dem festen Fundament der dominierenden katholischen Traditionen –

noch alles in Ordnung, jetzt hat die CDU, durch das Gift des Liberalismus, Relativismus und Protestantismus, alles verwässert und relativiert, was ehemals heilig war. Das hört sich dann z.B. so an: „Eine wiederverheiratete geschiedene protestantische Frau ist halt auch im Blick auf das ‚C‘ nicht mit Ansprüchen zu konfrontieren, die für Konrad Adenauer noch selbstverständlich waren.“ Wer an so etwas glaubt und wer so etwas lesen will, wird sich durch die Lektüre bestätigt fühlen. Mehr gibt dieses Buch nicht her, schon gar nicht für eine wirklich sachliche und nüchterne Auseinandersetzung über strittige Punkte.

Empfehlung ★★★★★



Hans-Martin Barth,
Die Theologie Martin Luthers
 Gütersloher Verlagshaus,
 Gütersloh 2009 (1. Auflage)
 ISBN 978-3-579-08045-1
 gebunden, 586 Seiten, 29,95 EUR

Der emeritierte Marburger Professor für Systematische Theologie legt mit diesem Buch eine ausführliche und kritische Würdigung der Theologie Luthers vor, die durch ihre Allgemeinverständlichkeit und Lesbarkeit sowie ihren ökumenischen Geist besticht. Das Besondere: Auch die nicht zuletzt wegen ihrer heutigen Skandalträchtigkeit zumeist eher vernachlässigten oder verschwiegenen Seiten Luthers (Luther und die Juden, Luther und der Islam, Luthers Stellung zu Hexenwesen und Dämonologie) werden eingehend beleuchtet, ohne dass dies auf Kosten der Ausgewogenheit der Gesamtdarstellung geht. Barth schreibt: „Die Beschäftigung mit Luther hat mir immer irgendwie gutgetan. Mehr und mehr hat mich das Geröll gestört, das man beiseiteräumen muss, um an die Quelle heranzukommen. Aber ich mache immer wieder die Erfahrung, dass es sich lohnt.“ Dem Autor gelingt es, zeitgemäße Erkenntniszugänge zu Luther herzustellen. Er versteht dabei die Reformation in erster Linie als eine „Seelsorge-Bewegung“: „Der Streit ging nicht um Richtigkeiten, sondern um die Wahrheit“ (S. 28).

Empfehlung ★★★★★



Wolfram Dufner,
**Safari am Sambesi –
 Diplomatische Umtriebe in Afrika**
 Societätsverlag, Frankfurt am Main 2008
 ISBN 978-3-7973-1109-2
 gebunden, 227 Seiten, 19,90 EUR

Dieses Buch muss lesen, wer wissen will, warum Afrika so ist, wie es ist. Wolfram Dufner hat in Sambia als Botschafter der Bundesrepublik den Umbruch der politischen Verhältnisse vom Kolonialismus im südlichen Afrika in die nachkoloniale Zeit hautnah erlebt. Sambia war das Rückzugsgebiet der Rebellengruppen von Namibia und Rhodesien. Auf seinen Staatschef Kaunda, einen Predigersohn, setzte der Westen

Hoffnungen, denen er nicht gewachsen war. Neben ihm konnte sich der Rebellenführer Nkomo als Unsicherheitsfaktor machtvoll etablieren, dank deutscher Entwicklungshilfe auch privat bereichern. In das nachkoloniale Vakuum öffentlicher Ordnung drang der Kommunismus mit Ideologie, Geld und Personen zielgerichtet ein. Die Volkswirtschaften gingen kaputt, Korruption verdrängte soziale Ordnung, die Massen verarmten und Robert Mugabe konnte damals die Basis für sein bis heute andauerndes Terrorregime legen.

Der Autor hatte Jura in Freiburg/Br., Zürich, Bern und Cambridge studiert und seine Dissertation bei Walter Eucken geschrieben, einem der Begründer der sozialen Marktwirtschaft. So bekam der Diplomat einen klaren Blick für die Realwirtschaft und einen Kopf gegen alle Ideologien, die etwa alles Schwarze gut und alles Weiße schlecht reden. Er nutzte seine unabhängige Position für unerschrockene Beziehungen auch zu den zweifelhaften Figuren des Landes. Warum schreibt er erst 40 Jahre nach seiner Zeit in Lusaka dieses Buch, spannend wie ein guter Roman, informativ wie ein exzellentes Sachbuch? Er sagt es nicht, aber der Leser erkennt es sofort: Damals hätte seinem kritischen Urteil niemand geglaubt. Heute hat er immer noch Recht – leider.

Er fasst zusammen: „Die Zeit des kolonialen schlechten Gewissens ist vorbei. Was uns die Geschichte Afrikas und die Erfahrung unserer eigenen Entwicklungspolitik lehrt, ist die Notwendigkeit gezielter Hilfe zur Selbsthilfe. Es sollte allein Sache des Auswärtigen Amtes und seines Sachverständigen sein, die Entwicklungshilfe einzusetzen. Nach meinen Erfahrungen war die Arbeit der kirchlichen Missionen am nachhaltigsten. Ohne Aufregung und Medienpräsenz taten sie im Stillen, was den Menschen nützte.“ (*Klaus Baschang, Oberkirchenrat i.R.*)

Empfehlung ★★★★★



Margaret Heckel,
So regiert die Kanzlerin – Eine Reportage
Piper Verlag GmbH, München 2009
ISBN 978-3-492-05331-0
Gebunden, 256 Seiten, 14,95 EUR

Auf dem Titelbild des Buches von Margaret Heckel sieht man die Bundeskanzlerin, wie sie die Tür ihres Arbeitszimmers im Kanzleramt einen Spalt öffnet, um im nächsten Moment hindurchzugehen. Für ein halbes Jahr hatte die Journalistin Margaret Heckel Gelegenheit, durch diesen Spalt hindurchzulugen und die Bundeskanzlerin in ihrem Arbeitsalltag zu begleiten. Dabei herausgekommen ist eine interessante Reportage, die dem Leser Einblicke in den Tagesablauf einer Kanzlerin eröffnet und ihm auch den Menschen Angela Merkel näher bringt. In einer Art „madame la vivisectrice“ beschreibt Heckel Situationen und Konstellationen ohne dem Leser vorschnelle Interpretationen aufzudrängen. Sie begleitet die Kanzlerin in den bewegten Tagen, in denen der Bankenrettungsschirm aufgespannt wurde, auf Auslandsreisen und klärt die Frage auf, warum Barack Obama lieber „Angela“ statt der amerikanischen Variante „Ändschela“ sagt. Nebenbei erfährt man Persönliches über die Bundeskanzlerin, zum Beispiel, warum sie nicht Eiskunstläuferin wurde. Wer den letzten Tag der offenen Tür im Kanzleramt verpasst hat und schon immer einmal hinter die Fassaden der Macht blicken wollte, dem sei dieses Buch empfohlen. (*Melanie Liebscher*)

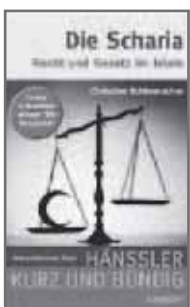
Empfehlung ★★★★★



Thomas Schirrmacher,
Die neue Unterschicht – Armut in Deutschland?
Hänssler Verlag, Holzgerlingen 2007
ISBN 978-3-7751-4674-6
broschiert, 121 Seiten, 7,95 EUR



Ron Kubsch, Hrsg. Thomas Schirrmacher,
Die Postmoderne – Abschied von der Eindeutigkeit
Hänssler Verlag, Holzgerlingen 2007
ISBN 978-3-7751-4608-1
broschiert, 93 Seiten, 7,95 EUR



Christine Schirrmacher,
Die Scharia – Recht und Gesetz im Islam
Hänssler Verlag, Holzgerlingen 2007
ISBN 978-3-7751-4657-9
broschiert, 82 Seiten, 7,95 EUR



Thomas Schirrmacher,
Multikulturelle Gesellschaft – Chancen und Gefahren
Hänssler Verlag, Holzgerlingen 2007
ISBN 978-3-7751-4576-3
broschiert, 103 Seiten, 7,95 EUR

In dieser neuen Reihe des „hänssler“-Verlages kann man sich innerhalb kürzester Zeit über interessante Themenfelder aus Religion, Gesellschaft und Politik informieren. Kurz und verständlich erhält man einen Überblick über das, was man wissen muss, wenn man Bescheid wissen will und mitreden können möchte. Jeder Band ist klar strukturiert und bietet Fakten und Basisinformationen, die Diskussion kontroverser Fragen

sowie praktische Hilfen und Hinweise zum weiterarbeiten. Zu den Autoren gehören u.a. Christine und Thomas Schirrmacher, die den Lesern der „Evangelischen Verantwortung“ ja bereits aus zahlreichen Artikeln bekannt sein dürften.

Empfehlung ★★★★★

EAK der CDU Grafschaft Bentheim

diskutierte über „Kirche und Politik“

Auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Grafschaft Bentheim diskutierten zum Thema „Kirche und Politik“ kürzlich im Vortragsraum der Volkshochschule in Nordhorn der Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär **Dr. Hermann Kues** (siehe Photo), der vor kurzem neu gewählte **Präses Heinz Hermann Nordholt** vom Synodalverband der evangelisch-reformierten Kirche Grafschaft Bentheim und der Berufsschulpastor **Dirk Heuer**, neu gewählter Landesvorsitzender des EAK der CDU Niedersachsen.

In seinen einleitenden Worten umriss **Ewald Mülstegen**, Vorsitzender des EAK der CDU Grafschaft Bentheim, den weit gefassten Themenkomplex und warf dabei die Fragen auf, inwieweit Kirche prägenden Einfluss auf die Parteien und

Politik habe, wo Kirche eine in die Politik stark eingreifende Kraft darstelle, aber auch, wo Politik und Politiker sich dem kirchlichen Einfluss widersetzen würden oder sollten. Diese Fragen wurden von den Podiumsteilnehmern in ihren Kurzreferaten aus unterschiedlichen Perspektiven angegangen und mit eindrucksvollen Beispielen aus ihrem Berufsalltag unterlegt. Deutlich wurde, dass für politisches Handeln ein kirchlich-religiöses Fundament nützlich sei, dass aber gerade die Trennung von Kirche und Staat ein wesentliches Merkmal eines modernen Gemeinwesens darstelle.

In der anschließenden Diskussion nutzten die zahlreichen Zuhörer die Gelegenheit, aktuelle gesellschaftliche und kirchliche Entwicklungen auf lokaler und auf Bundesebene anzusprechen.



Einladung zur Landesversammlung

Markt und Moral

EAK Baden-Württemberg

Ansätze evangelischer Sozialethik – politische Handlungsperspektiven



mit **Stefan Mappus MdL**,
Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion
in Baden-Württemberg

Hans-Michael Bender, Landesvorsitzender des EAK Baden-Württemberg
Prof. Dr. Franz Kromka, Universität Hohenheim
Dipl.-Ing. Hans Nussbaum, Arbeitskreis Ev. Unternehmer (AEU)
Pfarrer Siegfried Strobel, Akademiedirektor, Bad Herrenalb

Samstag, 14. November 2009, in Karlsruhe, ab 9.30 Uhr
Hanns-Löw-Saal | Kreuzstrasse 13 | Kleine Kirche | Kaiserstrasse 131

Anmeldung und Information

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU-Landesverband Baden-Württemberg |
Landesgeschäftsstelle | Hasenbergstrasse 49 b | 70176 Stuttgart
Telefon 0711-66904-0 | Telefax 0711-66904-15 | E-Mail: christoph.trossbach@cdu-bw.de

Die „Dresdner Disputation“

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Sachsen lud zu seiner Landesversammlung nach Dresden ein.

Die Banner im Hintergrund der drei Akteure der Landesversammlung des EAK Sachsen mit der Aufschrift „WIR sind das Volk“ oder „Deutschland einig Vaterland“ hatten fast etwas Nostalgisches, ließen aber am Namen der Veranstaltung in Dresden keinen Zweifel mehr. Unter dem Titel „Dresdner Disputation: 20 Jahre Friedliche Revolution“ stand das diesjährige Zusammentreffen der Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises. Unter der Leitung des Landesvorsitzenden Pfarrer Heiner Sandig diskutierten und berichteten zwei Gäste aus Ihrem Erleben dieser unruhigen Herbsttage. Thomas Küttler

trat seinen Dienst als Superintendent bereits seit 1979 in Plauen. Diese Stadt im sächsischen Vogtland war am 7. Oktober 1989 Ort der ersten Großdemonstration in der ehemaligen DDR. Küttler vermittelte damals zwischen Demonstranten und Einsatzkräften. Er sorgte so für einen friedlichen Ausgang der Kundgebung, die Vorbild für die gesamte Revolution werden sollte. Arnold Vaatz MdB war der zweite Gesprächspartner dieses Morgens im Haus an der Kreuzkirche in der sächsischen Landeshauptstadt. Er war in der Bürgerrechtsbewegung der DDR aktiv und fand auch in der Demokratie den Weg in die Politik. Er war an der Verfassungsgebung des jungen Freistaates beteiligt, später Abgeordneter des Sächsischen Landtags, schließlich Staatsminister und ist heute Bundestagsabgeordneter.

Neben Fragen, ab wann den Rednern klar war, dass eine Revolution stattfindet oder was sie im Herbst 1989 besonders beschäftigt hat, wurde auch auf die Rolle der Kirchen bei der Friedlichen Revolution stark Bezug genommen: Hätte sich nach den Erfahrungen im revolutionären Geschehen die evangelische Kirche – auch nach den Protesten – an die Spitze der Demokratiebewegung stellen müssen?

Der erste Teil dieser Disputation, mit Rede und Widerrede der Gesprächspartner, die an den Pulten rechts und links des Moderators standen, wurde die Runde zum Publikum hin eröffnet. Vielerlei Fragen, Kommentare und Erfahrungen, schließlich die Eindringlichkeit der Gespräche mit dem Publikum zeigten, wie diese Erlebnisse des Herbstes '89 noch heute präsent sind, und dass sich die Beschäftigung mit dem Erlebten nach wie vor lohnt und für unsere Demokratie förderlich ist.



Mit der diesjährigen Landesversammlung im Juni neigt sich auch das erfolgreiche Engagement Heiner Sandigs als Landesvorsitzender des EAK Sachsen dem Ende entgegen. Im Herbst zu den Landtagswahlen kandidierte er nicht mehr für das Sächsische Parlament und steht auch im November zu den Vorstandswahlen des EAK Landesverbandes nicht mehr zur Verfügung.

Markus Kranich, Landesgeschäftsführer des Ev. Arbeitskreises der CDU Sachsen

Informationen zum Evangelischen Studienwerk e.V. Villigst

Das Evangelische Studienwerk e.V. mit Sitz in Villigst bei Schwerte an der Ruhr ist das Begabtenförderungswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland. Mehr als 1.000 Stipendiatinnen und Stipendiaten werden hier derzeit für die Dauer ihres Studiums oder ihrer Promotion gefördert – finanziell und ideell.

Das Evangelische Studienwerk wurde im Jahr 1948 gegründet und blickt auf eine bewegte Geschichte zurück, die eng verknüpft ist mit der jüngsten deutschen Geschichte. Ob Wiederaufbau, die berühmten 68er, Frauenbewegung oder Wiedervereinigung – alle historischen Entwicklungen hatten stets unmittelbare Auswirkungen auf Villigst und prägen das Profil des Werkes bis heute.

Rund 1000 Studierende an Universitäten und Fachhochschulen in ganz Deutschland und 250 Promovierende erhalten derzeit ein Stipendium des Evangelischen Studienwerks. In den letzten Jahren sind die Stipendiatenzahlen dank der großzügigen Mittelvergabe aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung stark gestiegen. Villigst bietet jedoch mehr als ein Stipendium. Neben Auslandsaufenthalten, Praxissemestern, Tagungen und der Sommeruniversität haben die Stipendiatinnen und Stipendiaten hier Mitspracherecht. Sie sind auf allen Entscheidungsebenen vertreten. Aus diesem Grund gilt das Evangelische Studienwerk als eines der demokratischsten Begabtenförderungswerke.

Staatssekretär Thomas Rachel MdB zu Besuch beim Ev. Studienwerk in Villigst

Das Evangelische Studienwerk in Villigst freut sich über Besuch aus Berlin. Der **Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Thomas Rachel MdB**, reiste in das westfälische Schwerte, um sich ein Bild davon zu machen, wie der Mittelaufwuchs in der Begabtenförderung vor Ort angekommen ist. „Ich freue mich, dass die Begabtenförderung durch das Evangelische Studienwerk so gut umgesetzt wird“, sagte Rachel. „Investitionen in die Bildung im Allgemeinen und die Begabtenförderung im Speziellen sind gerade vor dem Hintergrund der Finanzkrise in einem rohstoffarmen Land unerlässlich.“

Nach den Worten Rachels habe das Evangelische Studienwerk in den vergangenen Jahren einen wertvollen Beitrag dazu geleistet, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung sein Ziel erreichen konnte, den Stipendiatenanteil in der Studierendenschaft innerhalb einer Legislaturperiode um 50% zu steigern: Mehr als ein Prozent aller Studierenden in Deutschland erhält inzwischen aus Mitteln des BMBF ein Stipendium von einem der elf großen Begabtenförderungswerke. In diesem Jahr wurden mit 132,3 Mio. Euro mehr als je zuvor zur Verfügung gestellt. Allein das Evangelische

Studienwerk konnte so in den letzten beiden Jahren ein Wachstum von durchschnittlich 13% erreichen. Wesentliche Unterstützung erfuhr es hierbei auch von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und den Landeskirchen.

„Das Evangelische Studienwerk ist für mich ein entscheidendes Scharnier



zwischen Kirche und Hochschule“, stellte Rachel, selbst engagierter Protestant, bei seinem Besuch fest. Es liefere wertvolle Denkanstöße für die Bereiche Wissenschaft, Hochschule und Nachwuchsförderung. Rachel ermutigte das Studienwerk, diese wichtige Funktion weiterhin wahrzunehmen. „Für die Lösung gegenwärtiger Herausforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft brauchen wir Köpfe wie Sie“, sagte er in Richtung der anwesenden Stipendiatinnen und Stipendiaten.

Auch der Bologna-Prozess war ein Thema, das der Staatssekretär mit der Leitung und den Stipendiaten des Evangelischen Studienwerks diskutierte. „Im Hinblick auf die Reformen an den deutschen Hochschulen hat die Betreuung und Beratung der Stipendiatinnen und Stipendiaten eine neue Bedeutung angenommen“, sagte Rachel. „Ich freue mich zu sehen, dass Villigst den Studierenden einen Ort bietet, an dem sie eine intensive Begleitung erfahren und gemeinsam mit anderen jungen Menschen neue Ideen entwickeln können“, so der Staatssekretär weiter. Thomas Rachel selbst war vor seiner Zeit als Parlamentarischer Staatssekretär von 2001 bis 2005 Kuratoriumsmitglied des Evangelischen Studienwerks.

„Begabt? Ich doch nicht!“, denken viele junge Menschen, die nicht wissen, dass Begabung sich nicht immer in erster Linie in Bestnoten ausdrückt. Für das Evangelische Studienwerk zählen gesellschaftliches Engagement, Mut zum eigenen Standpunkt und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, mindestens ebenso viel wie Leistung. Begabung heißt hier unter anderem auch, fähig sein zu hinterfragen, quer zu denken und Zukunftsvisionen zu entwickeln. Mit einem anspruchsvollen Bildungsprogramm fördert es den interdisziplinären Austausch zu gesellschaftlich relevanten Fragen. Das Evangelische Studienwerk möchte bewusst junge Menschen fördern, die aus Familien kommen, in denen ein Studium nicht selbstverständlich zum Werdegang gehört. Mehr als ein Drittel aller Stipendiaten erhalten ein Vollstipendium.

Inzwischen verzeichnet das Evangelische Studienwerk mehr als 6.000 Ehemalige, die sich auf vielfältige Weise noch heute im Leben in Villigst einbringen. Das Fächerspektrum der Geförderten ist breit, und die Ehemaligen sind in allen Bereichen von Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft tätig.



Sommerlicher Besuch in Haus Villigst

Kurz vor dem Ende der Legislaturperiode besuchte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Thomas Rachel MdB, das Evangelische Studienwerk, um einen Eindruck davon zu gewinnen, wie die deutliche Steigerung der Mittel des BMBF für die Studierenden- und Promovendenförderung der letzten Jahre vor Ort angekommen ist. Der engagierte Protestant, selbst ehemaliges Mitglied im Kuratorium des Evangelischen Studienwerks, würdigte bei seinem Besuch die Villigster Arbeit der letzten Jahre. Villigst public bat ihn bei dieser Gelegenheit zu einem kurzen Gespräch.

villigst public: Herr Staatssekretär Rachel, Sie waren selbst einmal im Kuratorium des Evangelischen Studienwerks und sind heute wieder in Villigst. Welchen Eindruck haben Sie?

Rachel: Die heutige Begegnung mit den Stipendiatinnen und Stipendiaten hier in Villigst habe ich als sehr anregend und bereichernd empfunden. Es ist mir gerade im politischen Alltag wichtig, meine Wertvorstellungen als Christ zu vertreten, weil verantwortungsvolle Politik für mich nicht zuletzt christlichen Werten und dem christlichen Menschenbild verpflichtet sein muss. Deshalb habe ich sehr gerne im Kuratorium des Evangelischen Studienwerks mitgewirkt und fühle mich Villigst nach wie vor verbunden. Hinzu kommt: Bundesbildungsministerin Schavan hat ja in der laufenden Legislaturperiode die für die Begabtenförderungswerke zur Verfügung stehenden Mittel des BMBF von 80,5 Mio. Euro in 2005 auf 132,2 Mio. Euro in 2009 angehoben. Das damit angestrebte Ziel, 1 Prozent aller Studierenden mit einem Werke-Stipendium auszustatten, wurde Ende 2008 erreicht. Villigst konnte so einen Aufwuchs von 12 Prozent verzeichnen. Allein in der Grundförderung waren Ende 2008 erstmals mehr als 1000 Stipendiaten.

Auch vor diesem Hintergrund meine ich, hier eine positive Aufbruchsstimmung zu spüren. Außerdem natürlich eine gespannte Erwartung, welche Akzente Professor

Knatz, der demnächst als neuer Leiter in die großen Fußstapfen von Klaus Holz tritt, hier in Villigst setzen wird.

villigst public: Ist das Gründungsmotiv der protestantischen Begabtenförderung aus Ihrer Sicht heute überhaupt noch wichtig?

Rachel: Es gibt definitiv auch heute noch mehr als einen Grund, der für die Daseinsberechtigung, ja, für die Notwendigkeit einer protestantischen Begabtenförderung spricht!

Hinter der Gründung der protestantischen Begabtenförderung nach 1945 stand die – damals wie heute richtige – Überzeugung, dass eine besondere Begabung den Einzelnen verpflichtet, diese sozial und zukunftsorientiert zugunsten einer demokratischen Gesellschaft einzusetzen.

Wir stehen heute vor dem neuen Problem, dass die selbstverständliche Verwurzelung des protestantischen Glaubens in der akademisch geprägten Mittelschicht verloren gegangen ist. Akademiker gehören oft zu der Gruppe, die den Kirchen besonders kritisch begegnet oder ihr entfremdet ist. Zum Teil ist die Säkularisierung so weit fortgeschritten, dass sogar das elementarste kulturell-religiöse Wissen fehlt. Das ist ein großer Verlust, denn ich bin davon überzeugt, dass starke Überzeugungen und Werterfahrungen für unser Gemeinwesen unabdingbar sind. Die Kirchen sowie Einrichtungen wie das Evangelische Studienwerk sind ein wichtiger Ort, in dem eine solche Prägung geschieht. Es ist ein großes Erbe und ein hohes Gut, das wir da in den Händen halten!

Last but not least: Ein Begabtenförderungswerk, das das Potenzial von Menschen wie Otto von Campenhausen, dem ehemaligen Präsidenten des Kirchenamts der EKD erkannt und gefördert hat, hat seine Daseinsberechtigung schon mehr als nachgewiesen!

villigst public: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat eine umfassend angelegte Evaluation zur

ideellen Förderung der Begabtenförderungswerke beauftragt. Warum?

Rachel: Eine innovative Gesellschaft ist auf besonders begabte und leistungsbe-reite Menschen dringend angewiesen. Ihr besonderes Können und Ihre Kreativität bilden eine wesentliche Grundlage für unseren Wohlstand und Fortschritt. In den vergangenen Jahren wurden vom BMBF eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die dazu beitragen sollen, Umfang und Qualität der Begabtenförderung zu steigern und ein positives Klima für Talente und Verantwortungseliten zu schaffen. Hierzu gehört die Erhöhung der Stipendiatenanzahl der Begabtenförderungswerke um 50 Prozent. Sie geht mit Mittelsteigerung von deutlich über 50 Prozent für diesen Bereich einher.

Nicht zuletzt angesichts solcher Finanzsteigerungen muss das BMBF sich vergewissern, dass es die öffentlichen Mittel richtig investiert. Die Begabtenförderung durch Werke ist eine spezifisch deutsche Angelegenheit, zu der es im Ausland keine Parallelen gibt. In allen anderen Ländern steht bei Stipendien der finanzielle Aspekt im Vordergrund. Wir gehen in Deutschland davon aus, dass es die ideelle Förderung der Werke ist, die begabten jungen Menschen das Rüstzeug gibt, zu engagierten Entscheidungsträgern und Intellektuellen heranzureifen, die fachliches, fachübergreifendes und politisches Urteilsvermögen verantwortlich miteinander verbinden. Aber ist das denn wirklich so, und wo ist Verbesserungspotenzial? Dies herauszufinden ist Ziel der Evaluation.

villigst public: Die Ergebnisse der Evaluation werden erst im Herbst veröffentlicht. Können Sie vielleicht schon einen Zwischenstand für das Evangelische Studienwerk verraten?

Rachel: Ein bisschen Spannung muss schon noch sein! Nur so viel: Soweit die Ergebnisse jetzt schon bekannt sind, wird deutlich, dass alle Begabtenförderungswerke eine qualitativ sehr hochwertige ideelle Förderung anbieten. Sie verschafft den Stipendiatinnen und Stipendiaten wichtige Bildungserlebnisse, die sie anderswo nicht erhalten können. Ich persönlich finde es übrigens sehr gut, dass Villigst seine Stipendiatinnen und Stipendiaten sehr erfolgreich zum Auslandsstudium motiviert und

ihnen hilft, bei der individuellen Studienplanung ein Mobilitätsfenster zu finden. Die frühe Auslandsmobilität ist wichtig für die neue Akademikergeneration und ein wesentliches Ziel im Bologna-Prozess.

villigst public: In den letzten vier Jahren hat die staatliche Begabtenförderung einen starken Aufwuchs erlebt – dank des Engagements Ihres Ministeriums. Wie geht's weiter nach der Bundestagswahl?

Rachel: Nach der rasanten Aufwuchsphase der letzten Jahre wird es nun zunächst darum gehen, die erreichte Qualität zu halten und zu konsolidieren. Die Werke werden sich intensiv darum kümmern müssen, dass auch

Eine innovative Gesellschaft ist auf besonders begabte und leistungsbereite Menschen dringend angewiesen.

die nunmehr größere Stipendiatenzahl die hochwertige ideelle Förderung erhält, die jeder einzelne verdient. Gleichzeitig wird jedes Werk überlegen müssen, welchen individuellen Verbesserungsbedarf es bei der ideellen Förderung aufgrund der Ergebnisse der Evaluation sieht.

So wie es im Moment aussieht, gibt es außerdem die begründete Hoffnung, dass der Kreis der vom BMBF unterstützten Begabtenförderungswerke im kommenden Jahr um ein zwölftes, nämlich ein jüdisches Werk, erweitert wird. Dies erfüllt mich ganz persönlich mit großer Freude, denn es zeigt, dass jüdisches Leben zu Deutschland gehört. (aus: villigst public, Nr. 33 Sommer 2009)

Impressum

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Christine Lieberknecht, Dieter Hackler, Hans-Michael Bender, Norbert Kartmann

Redaktion Nicolas Basse, Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducusu.de
Konto Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Autoren

Herrn Volker Kauder MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn Volkmar Klein MdB
CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags, 40221 Düsseldorf

Herrn Dr. Reinhard Göhner
Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung
der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
11054 Berlin (Briefadresse)

Herrn Prof. Dr. Wolfgang Merbach
c/o Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK)
Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin

Druck Druckerei Conrad
Gestaltungskonzeption/Realisation
Agentur kollundkollegen., Berlin

Fotonachweis

Titelblatt u. S. 4 © UBG, S. 3 © Volker Kauder MdB, S.5 © asiseeit – iStockphoto.com, S.6 © VikramRaghuvanshi – iStockphoto.com, S. 8 © Volkmar Klein MdB, S.9 © timegoodwin – iStockphoto.com, S. 10 © BDA-Homepage, S. 11 © panorios – iStockphoto.com, S. 12 © EKD-Homepage, S. 12 © Prof. Dr. Wolfgang Merbach, S. 15 © EAK Grafschaft Bentheim, S. 15 Stefan Mappus MdB, S. 16 © EAK Sachsen, S. 17 © Ev. Studienwerk Villigst

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber.
Papier: 100 % chlorfrei

Pressemitteilung vom 03.07.2009

Für eine Internationale Soziale Marktwirtschaft

Anlässlich der Veröffentlichung des Textes „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“ des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zur internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:

„Angesichts der neuen Herausforderungen in der weltweiten Wirtschaft sind die Politik und unsere Gesellschaft mehr denn je auf das Wort der Kirche angewiesen. Ein ausufernder Liberalismus und die bloße Deregulierung der internationalen Märkte sind in der Vergangenheit oftmals mit marktwirtschaftlicher Freiheit verwechselt worden. Das Bewusstsein für wirtschaftliche Verantwortung ist jedoch die zentrale Voraussetzung für die Verwirklichung einer echten ökonomischen Freiheit. Es ist daher ermutigend, dass die EKD die ethischen Fundamente für eine nachhaltige wirtschaftspolitische Neuorientierung verdeutlicht hat.

Als Union haben wir uns immer für den Markt in einem klaren staatlichen Ordnungsrahmen eingesetzt. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich auf ihrer protestantischen Grundlage immer wieder neu bewährt. Gleichwohl ist es an der Zeit, ihr wertegebundenes Fundament auf den weltweiten Rahmen zu übertragen. Es gilt, die hohen wirtschaftlichen Chancen der Globalisierung in gerechter Weise zu nutzen. Die Besinnung auf das christliche Menschenbild ist für eine Internationale Soziale Marktwirtschaft unverzichtbar. Dafür werden wir uns gemeinsam mit der EKD einsetzen.

Die aktuelle Wirtschaftskrise ist vor allem an den internationalen Finanzmärkten entstanden. Bei aller berechtigten Kritik darf daher unternehmerisches Handeln nicht generell in Verruf geraten. Die mittelständischen Unternehmen sind seit Jahrzehnten das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands. Sie wirtschaften größtenteils vorbildlich, verantwortlich und denken in Generationen. Deshalb muss die Stärkung des Mittelstandes ein wesentlicher Bestandteil des wirtschaftspolitischen Neuanfangs in Deutschland sein.

Ethische Verantwortung wird auch in wirtschaftlicher Hinsicht zukünftig der entscheidende Maßstab für eine gerechte und ökologisch umsichtige Globalisierung sein. Es ist gut, dass die EKD diese Perspektiven in ihrem Text klar herausgestellt hat.“



*„Denn wo euer Schatz ist, da wird auch
euer Herz sein“ (Lukas 12,34)*

„Das muss ich ein wenig grob herausstreichen, damit man es versteht und merkt an einfachen Beispielen des Gegenteils. Es ist mancher, der meint, er habe Gott und alles genug, wenn er Geld und Gut hat. Er verlässt sich darauf und brüstet sich damit so steif und sicher, dass er sonst auf niemanden etwas gibt. Siehe, dieser hat auch einen Gott, der heißt Mammon, das ist Geld und Gut, woran er sein ganzes Herz hängt; und das ist der am weitesten verbreitete Abgott auf Erden. Wer Geld und Gut hat, der wähnt sich sicher, ist fröhlich und unerschrocken, als sitze er mitten im Paradies; und wiederum, wer keins hat, der zweifelt und verzagt, als wisse er von keinem Gott.

Denn man wird gar wenige finden, die guten Muts sind, nicht trauern noch klagen, wenn sie den Mammon nicht haben; es klebt und hängt der Natur an bis ins Grab. Also auch, wer trotzig darauf vertraut, dass er große Kunst, Klugheit, Gewalt, Gunst, Freundschaft und Ehre hat, der hat auch einen Gott, aber nicht diesen rechten einzigen Gott. Darum sage ich noch einmal, dass die rechte Auslegung dieses Gebotes sei, dass einen Gott haben heißt: etwas haben, worauf das Herz gänzlich vertraut.“ *(Martin Luther, Aus dem Großen Katechismus zum 1. Gebot)*

